

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/27

7. Februar 1973

Verkehrs-Fortschritte werden jetzt meßbar

Neue Ergebnisse der sozialliberalen Deutsch-
landpolitik

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Berlin half der CDU nicht weiter

Die Union vor der politischen Bewährungsprobe

Seite 3 / 49 Zeilen

Dank an einen politischen Wissenschaftler

Zum 75. Geburtstag von Gerhard Weisser

Von Alfred Nau
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 4 und 5 / 97 Zeilen

Verkehrs-Fortschritte werden jetzt meßbar

Neue Ergebnisse der sozialliberalen Deutschlandpolitik

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und
Mitglied des Präsidiums der SPD

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die weiteren Schritte zur Normalisierung und Organisation der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten werden in den kommenden Monaten in der Öffentlichkeit intensiv erörtert werden. Wer sich dabei um eine - wünschenswerte - aufrichtige und ehrliche Argumentation bemühen will, kann an den Ergebnissen der Deutschlandpolitik in der hinter uns liegenden Zeit nicht vorbeigehen. Diese Ergebnisse machen die beachtlichen Verbesserungen deutlich, die für die Situation in Deutschland und für die Menschen erreicht werden konnten; dies vor allem, wenn das trotz der Kürze der Zeit bereits Erreichte verglichen wird mit den verhärteten und die Spaltung vertiefenden Verhältnissen der langen Jahre zuvor.

Der Berlin-Verkehr sowie der Reiseverkehr mit der DDR geben klare Beispiele. Nach jetzt vorliegenden Zusammenstellungen der Statistiker lassen sich die erkennbaren Verbesserungen auch in Zahlen nachweisen. Etwa 10,4 Millionen Einwohner der Bundesrepublik und Westberlins haben im vergangenen Jahr die Transitwege mit Autos oder mit der Bahn in beiden Richtungen benutzt. Das sind 2,8 Millionen oder rund 37 vH. mehr als im Jahr 1971. Der Pkw-Verkehr auf den Transitstraßen hat sich im vergangenen Jahr gegenüber 1971 um knapp 45 vH. erhöht.

Hatte der Transitverkehr bereits während der Sonderregelungen zu Ostern und Pfingsten zugenommen, so stieg er seit Inkrafttreten der Berlin-Vereinbarungen am 4. Juni 1972 sprunghaft an. Einige Zahlen - bezogen auf den Personenverkehr auf dem Landweg aus der Bundesrepublik nach Berlin (West) - verdeutlichen dies: Juni 413.025 (1971: 385.848), Juli 635.358 (401.955), August 693.310 (573.259), September 530.421 (391.700), Oktober 510.905 (361.896), November 317.746 (213.255) und Dezember 350.632 (190.981). Insgesamt haben seit dem 3. Juni 1972 über 1,8 Millionen Personen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Transitwege mit dem Auto oder mit der Bahn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) benutzt.

Rückläufig hat sich dementsprechend im vergangenen Jahr der Flugverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) entwickelt. Vom Inkrafttreten des Transitabkommens bis Ende des Jahres 1972 ist er im Vergleich zum Vorjahr um rund 280.000 Personen zurückgegangen. Insgesamt ging der Luft-

verkehr 1972 um mehr als elf vH. zurück.

Ein Vergleich der beiden Zahlenzusammenstellungen zeigt auch, daß angesichts des reibungslosen und zügigen Transitverkehrs der Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) insgesamt erheblich belebt worden ist und zugenommen hat.

Erst kurz ist der Zeitraum, in dem seit Inkrafttreten des Verkehrsvertrages am 17. Oktober 1972 Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr statistisch erfaßt werden können. Für die ersten Monate liegen jetzt die Ergebnisse vor: Von Oktober bis Dezember 1972 ist der Reiseverkehr von Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR um nahezu 75 vH. (im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Jahres 1971) angestiegen; in den Monaten November und Dezember hat er sich mehr als verdoppelt. Im Jahr 1972 hat der Personenverkehr aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR insgesamt um mehr als 21 vH. zugenommen; genauer von 1.267.355 im Jahr 1971 auf 1.540.381 Personen im Jahr 1972. Der Anstieg des Reiseverkehrs von Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR und dessen tendenzielle Weiterentwicklung werden deutlich in den Zahlen, die seit Oktober 1972 vorliegen (in Klammern die Zahlen des Jahres 1971): Oktober 104.282 (81.895), November 62.566 (37.379), Dezember 197.173 (89.541). Der Weihnachtsverkehr aus der Bundesrepublik in die DDR unterstrich die Tendenz der Entwicklung: Er stieg im Vergleich zu 1971 um 114 vH.

Gestiegen sind auch die Reisezahlen in umgekehrter Richtung; aus der DDR in die Bundesrepublik und nach Berlin (West). Die Anzahl der Rentnerbesuche aus der DDR in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) ist von 1,04 Millionen im Jahre 1971 auf rund 1,06 Millionen Personen im Jahre 1972, also um etwa 20.000 Personen, angewachsen.

Seit Inkrafttreten des Verkehrsvertrages am 17. Oktober alleine bis zum 31. Dezember 1972 sind darüber hinaus etwa 11.800 DDR-Bewohner wegen dringender Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik gereist (die Zahl der Reisen nach Berlin (West) liegt noch nicht vor). Außerdem sind etwa 3.700 "Frührentner" aus der DDR in die Bundesrepublik gereist.

(-/7.2.1973/bgy/ex)

+ + +

Berlin half der CDU nicht weiter

Die Union vor der politischen Bewährungsprobe

Auch die Berliner Klausurtagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigte das Bild, das diese einst so selbstherrliche Partei nach der Niederlage bei der Bundestagswahl vom 19. November 1972 hots Niedergeschlagenheit, Unsicherheit und noch vergebliche Suche nach einem neuen Selbstverständnis. Die Union unterliegt einem Prozeß quälender Gewissensforschung, dessen Ausgang höchst ungewiß ist. Die Erkenntnis, nicht nur auf Bundesebene politische Macht, sondern auch die geistige Führung im Volk verloren zu haben, sitzt wie ein Stachel im Fleisch der CDU und keine noch so schönen Grundsatzreferate des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel können darüber hinweghelfen. Es geht dabei auch um seinen Kopf. Die Zahl seiner Freunde und Anhänger nimmt ständig ab, so daß ihr noch viele schwere Stunden bevorstehen werden.

Es wird, wie die Dinge liegen, wohl noch recht lange dauern, ehe die Union wieder festen Tritt gefaßt hat und sich in einer veränderten politischen Landschaft zurechtfindet. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit verloren, ihre politische Aussagen mangeln der Überzeugungskraft. Gewiß fehlt es nicht an guten Versätzen, doch genügen sie nicht, um den Schatten loszuwerden, der über der Union liegt. Notgedrungen, durch den Willen der Wählermehrheit gezwungen, muß sie, die einst den Staat als ihre Domäne ansah, nun für lange Zeit die Rolle der Opposition übernehmen, eine Rolle, auf die sie weder geistig noch politisch vorbereitet war. Das macht den Kern ihrer inneren Schwierigkeiten aus. Allzulange war die Union in rückwärtsgerichteten Denkkategorien verfallen, die ihr den Weg nach vorn versperrten und sie als nur verherrnde Kraft in einer sich rasch wandelnden Welt erscheinen ließ. International gesehen steckt die Union in der Isolierung. Aus diesem selbstverschuldeten Dilemma will sie nun heraus, sie weiß aber noch nicht wie.

Aufschluß über den weiteren Weg der Union wird ihr Verhalten im Parlament geben. Für die Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft stehen in dieser Legislaturperiode bedeutsame Gesetzesvorlagen an. Das bisherige Bodenrecht, das die Bodenspekulation mit ihren verheerenden Auswüchsen begünstigt, verlangt eine gründliche Korrektur. Die von der Union in der Zeit ihrer 20jährigen Herrschaft verschuldete, ungerechte Vermögensbildung muß revidiert und die Mitbestimmung ausgedehnt werden. Aufgaben, die nur von der Gemeinschaft gelöst werden können, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Hier liegt die eigentliche Bewährungsprobe der Opposition. Hier muß sie noch den Beweis erbringen, ob sie Mitstreiter für die Ausgestaltung und Modernisierung unseres Staates und für unaufschiebbare Reformen auch im gesellschaftspolitischen Bereich sein will oder ob sie nur eine Bremsfunktion ausüben kann. Ihr praktisches Verhalten gerade zu den Reformvorhaben der Regierung der sozialliberalen Koalition, die sich orientieren an den Notwendigkeiten unserer Zeit, wird mehr aussagen als das alle Grundsatzreferate des CDU-Parteivorsitzenden zu tun vermögen.

(ex/7.2.1973/bgy/ex)

Dank an einen politischen Wissenschaftler

Zum 75. Geburtstag von Gerhard Weisser

Von Alfred Nau

Mitglied des Präsidiums der SPD

Am 9. Februar wird Dr. Gerhard Weisser 75 Jahre. Obwohl ein großes und bedeutendes Lebenswerk hinter ihm liegt, arbeitet er weiter engagiert und unverdrossen, wenn vielleicht auch manchmal etwas verzweifelt über das, was er den "Pragmatismus" der heute politisch aktiven Generation nennt. Für die Jungen hat er viel Verständnis. Er ist allen, die sich für die Grundfragen des demokratischen Sozialismus interessieren, ein offener, aber deutlicher und harter Diskussionspartner.

Weisser hat das Dom-Gymnasium in Magdeburg besucht und studierte, nachdem er am Ersten Weltkrieg an der Westfront teilgenommen hatte, in Göttingen und Tübingen. 1923 promovierte er zum Dr. rer. pol. Dann trat er in den Dienst der Stadt Magdeburg ein, wo er bis 1930 Leiter des Wohnungsamtes und städtischer Finanzdirektor war. In Magdeburg kam Gerhard Weisser zum ersten Mal in der praktischen Arbeit mit der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und damit mit der Gemeinwirtschaft überhaupt in Berührung. Diese Begegnung sollte sein weiteres Lebenswerk in einem außerordentlich starken Maße prägen. Auch als er von 1930 bis 1933 als zweiter Bürgermeister in Hagen i.W. zusammen mit Fritz Steinhoff wirkte, wandte er sich sowohl praktisch wie theoretisch den Problemen der Gemeinwirtschaft zu. Ein Verkehrsbetrieb war zu sanieren, die Grundfragen der Gemeinwirtschaft wurden auf der heute schon fast legendären "Hohen-syburg-Tagung" der Gemeinwirtschaft diskutiert.

Als Mitglied der SPD und des westfälischen Provinzial-Landtags bekam Weisser die Folgen des nationalsozialistischen Umsturzes zu spüren. Als zweiter Bürgermeister mußte er zurücktreten. Er arbeitete von 1934 bis 1945 als Verlagslektor und später als Leiter eines kommunalen Fachverlages. 1945 stellte er sich sofort wieder zur Verfügung. Seine politische Lauterkeit und seine Verwaltungserfahrung ließen ihn schnell zum Ministerialdirektor im braunschweigischen Staatsministerium und zum Leiter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft in Braunschweig werden. Ab 1946 wurde er Generalsekretär des Zonenbeirates der britisch besetzten Zone, des ersten quasi-Parlaments auf der Ebene über den Ländern. Viele grundlegende Pläne und Erwägungen, sei es zur Bodenreform, sei es zur Währungsreform oder zum Lastenausgleich wurden bereits in dieser Zeit von Gerhard Weisser und seinen Mitarbeitern formuliert.

1948 wurde Gerhard Weisser Staatssekretär im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen. 1950 folgte er einem Ruf als ordentlicher Professor für Sozialpolitik und Genossenschaftswesen an die Universität Köln. Er griff damit eine Seite seines Interesses, die sich bereits in seiner Rostocker Habilitation niedergeschlagen hatte, wieder auf, nämlich sein Bemühen um die Klärung grundsätzlicher Fragen des demokratischen freiheitlichen Sozialismus und der Gemeinwirtschaft. Seine Tätigkeit in Köln war nicht nur gekennzeichnet durch ein umfangreiches wissenschaftliches Werk, sondern auch

durch eine intensive Lehrtätigkeit, die sich nicht zuletzt darin ausdrückte, daß eine große Anzahl von Schülern Gerhard Weissers heute in Wissenschaft und Politik tätig ist und seine Gedanken und Ideen weiterträgt.

Wichtige und grundlegende Werke - insbesondere seine "Politik als System aus normativen Urteilen" - entstanden in dieser Zeit. Die von Weisser begründete Zeitschrift "Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen" knüpfte an sein praktisches und theoretisches Engagement im Bereich der Gemeinwirtschaft an. Hinzu kam eine umfangreiche Beratertätigkeit als Wissenschaftler und Politiker, u.a. in der Programmkommission des Parteivorstandes der SPD, im Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Parteivorstand, als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium und nicht zuletzt als Präsident des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. 1966 wurde Gerhard Weisser emeritiert. Seitdem ist er Honorarprofessor an der Universität Göttingen.

Dieser kurze Abriss von 75 Jahren eines der Politik und der Wissenschaft gewidmeten Lebens vermag kaum die Bedeutung des Wirkens von Gerhard Weisser widerzuspiegeln. Auch seine Publikationen sind oft schwer zugänglich, verstreut in Sammelwerken, Zeitschriften und nur zum Teil als Monographien erhältlich.

Vielleicht werden Bedeutung und Umfang seines Wirkens am deutlichsten durch die Stimme seiner Mitarbeiter und Schüler. Sie haben ihm zum 75. Geburtstag einen Sammelband mit dem Thema "Freiheitlicher Sozialismus - Beiträge zu seinem gegenwärtigen Verständnis" gewidmet. Freunde aus Politik und Gewerkschaft haben ebenfalls beigetragen. Dieser Band zeigt, daß vieles von dem, was heute als politisch modern gilt: Grenzen des Wachstums, Qualität des Lebens, bereits vor zehn, 15 und mehr Jahren von Gerhard Weisser aufgegriffen und vielfach in einer damals wie heute gültigen Weise behandelt wurde. Die Diskussion um die Fragen der Grundwerte des demokratischen Sozialismus wurde von ihm als ein Hauptteil seines Systems der Politik betrachtet. Seine Beiträge hierzu sind von höchster politischer Aktualität. Gerhard Weisser hat oft geäußert: "Mein Problem besteht darin, daß mich die Wissenschaftler als Politiker und die Politiker als Wissenschaftler betrachten." Damit hat er sicherlich nicht ganz unrecht. Dieser Satz bezeichnet den Kern der Besonderheit seines Wirkens: Das wissenschaftliche Forschen aus politischem Engagement und das politische Bemühen fundiert auf logisch wie empirisch einwandfreier wissenschaftlicher Grundlage.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte zum 70. Geburtstag Gerhard Weissers Schriften zu Fragen des Genossenschaftswesens herausgegeben. Wenn sie jetzt eine Publikation mit dem Thema "Freiheitlicher Sozialismus" in der Schriftenreihe ihres Forschungsinstituts uns zu Ehren Gerhard Weissers publiziert, dann sind damit zwei wichtige Themen seines wissenschaftlichen und politischen Werkes angesprochen, eines Werkes, das noch nicht abgeschlossen ist und von dessen Autor Wissenschaft und Politik, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften und die politische Bewegung noch viel erhoffen.

(-/7.2.1973/bgy/ex)